



Er erscheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verkehr monatlich 1,76 RM. — Einzelnummern 10 Pfg. (Strotzente Nr. 50 bei der Oberamtsparafasse Reichenbühl Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enzthalbank GbRle & Co., Wildbad, Pfalzheim Gewerkschaft, Fil. Wildbad. — Postfachkonto 291 74.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bestel Grundpreis 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. — Reklamazeile 30 Pfg. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anzeigenerteilung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. — In Randzeilen oder wenn gerichtsliche Betreibung notwendig wird, fällt jede Nachschlagewerbung weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 86. Telefon 179. — Wohnung: Eismarktstraße 68.

Erfahrungen in der Arbeitslosenversicherung

Die Arbeitslosenversicherung besteht in Deutschland jetzt sieben Monate. Die Beiträge waren von vornherein so bemessen, daß im Durchschnitt jeweilig etwa 750 000 Arbeitslose mit den geleglich vorgesehenen Renten ausgestattet werden konnten. In den ersten zwei Monaten nach Gründung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung konnten gewisse Rücklagen angeammelt werden, da die Zahl der Arbeitslosen unter der genannten Grenze lag. In den Monaten Dezember 1927 bis März 1928 aber lag die Ziffer der Arbeitslosen meist erheblich über der Grenze. Die Rücklagen sind jetzt nahezu aufgezehrt. Man darf erwarten, daß der etwa am 10. Mai zu veröffentlichende Nachweis vom 1. Mai 1928 zum erstenmal seit vier Monaten wieder eine Arbeitslosenziffer nennen wird, die unter der Dreiermillionengrenze liegt. Das würde bedeuten, daß vom 1. Mai bis etwa Mitte November ds. Js., also reichlich sechs Monate lang, wieder Rücklagen in der Reichsanstalt angeammelt werden können. Nimmt man den Durchschnitt der mit Renten ausgestatteten Arbeitslosen in diesen sechs bis sieben Sommermonaten mit einer halben Million an, so werden Ersparnisse in Höhe von 100 bis 150 Millionen Mark erzielt werden, die dann dazu verwendet werden müssen, die mit ziemlicher Gewißheit für die nächste Winterzeit zu erwartenden größeren Arbeitslosenziffern mit den vorgesehenen Renten zu versorgen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß es in der Zwischenzeit gelingt, in der Saisonarbeiterfrage eine klare Lösung zu finden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in der letzten Winterzeit an Arbeitslosenrenten viele Millionen an solche Anwärter ausgezahlt worden sind, die sich lediglich Mängel des Gesetzes und auch ein unberechtigtes Entgegenkommen der entscheidungsbefugten Stellen zunutze gemacht haben.

Der Begriff der „Saisonarbeiter“ läßt sich schwer fassen, weil es Grenzberufe gibt, bei denen man im Zweifel sein kann, ob sie nach dem Willen des Befehlshabers einen Rentenanspruch erhalten sollten. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat sich für die erste Uebergangszeit der vorhandenen Organe des Arbeitsnachweises und der Erwerbslosensicherung bedient, da sie eine eigene Organisation nicht aus dem Boden stampfen konnte und wollte. Diese zum Abbau bestimmten Stellen sind den Antragstellern häufig in einer Weise entgegengekommen, die sich mit dem Geist des Gesetzes und mit dem öffentlichen Interesse nicht verträgt. Den Anlaß hierzu mag die Hoffnung gegeben haben, daß die genannten Stellen sich auf solche Weise für die Aufnahme in den endgültigen Behördenapparat der Reichsanstalt ihre Zustucht nehmen müßte, um wenigstens die größten Mißbräuche der Arbeitslosenversicherung zu verhindern, haben nicht ganz mit Unrecht böses Blut erregt. Wenn z. B. ein Berliner Bauarbeiter nach Beendigung der Saison nach seinem kleinen Anwesen an der Oder zurückkehrt und Anspruch auf Erwerbslosensicherung erhebt, so mußte er gewärtigen, daß er von den Arbeitsnachweisstellen zu Fortarbeiten bestimmt wurde, die ihm weniger Lohn einbrachten, als er ohne diese Arbeit als Empfänger von Arbeitslosenrente erhalten haben würde. Das Feiern war für solche Leute lohnender als die Arbeit. Es liegt auf der Hand, daß dies eine schwere Erschütterung der Arbeitsmoral zur Folge haben muß.

Der Grundgedanke bei der Behandlung der Saisonarbeiter in der Arbeitslosenversicherung ist folgender: Wer auf Grund seiner Spezialität im Jahr acht oder neun Monate Arbeit findet und die übrigen drei oder vier Monate aus allgemeinen Gründen, aber regelmäßig an der Ausübung seiner eigentlichen beruflichen Arbeit verhindert ist, hat von jeher die moralische Verpflichtung gehabt, in den acht oder neun Monaten reichlichen Arbeitsverdienstes Rücklagen für die stillen drei oder vier Monate zu machen. Die Arbeitslosenversicherung hat nicht bezweckt, diesen Saisonarbeitern den Zwang zum Sparen abzunehmen und ihnen auf Kosten der Gesamtheit eine Rente zu geben, die an die verhältnismäßig hohen Löhne der Saison anknüpft. Es wird auf die Dauer unvermeidlich sein, daß die Bestimmungen über die Wartezeit und auch über die Dauer des Rentenempfangs nachgeprüft werden. Wie man in das System der Arbeitslosenversicherung die Bedürftigkeitsfrage, die ja bei der Beurteilung der Lage der Saisonarbeiter eine ausschlaggebende Rolle spielt, einfügen kann, ist eine schwierige Aufgabe, die aber gelöst werden muß.

Es wird wesentlich von der Lösung der Saisonarbeiterfrage abhängen, ob die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung im Lauf dieses Rechnungsjahrs Anspruch auf die Reichskasse stellen muß. Regierung und gesetzgebende Organe dürfen sich darüber nicht im unklaren sein, daß sie sich nur durch straffe Fassung der Bestimmungen über Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung von dem Vorwurf befreien können, dem Reich Lasten zugemutet zu haben, die unter Umständen den Betrag von 100 Millionen Mark weit überschreiten können. Die Reichs-

Tagespiegel

Das Reichsgericht hat dem Einspruch der 16 Länderregierungen gegen das Verbot des Rotkämpferbunds stattgegeben. Die Kosten des Verfahrens wurden dem Reich aufgebürdet.

Der Ausschuss für Verfassungs- und Verwaltungsreform wird am 4. Mai in Berlin zusammentreten.

Die Deutsche Reichsbahn hat am 2. Mai den förmlichen Antrag auf Erhöhung der Reichsbahntarife dem Reichsverkehrsminister eingereicht. Begründet wird der Antrag in einer umfangreichen Denkschrift. Die Denkschrift enthält nach dem B.L. auch einen Unterantrag über Einführung des Zweiklassensystems im Personenverkehr.

Auf Grund des Gegenseitigkeitsvertrags zwischen Ungarn und Oesterreich verlangte die ungarische Regierung die Auslieferung des in Wien verhafteten Kommunisten Bela Kuhn wegen vielfachen Mords und anderer Verbrechen.

In Polen führten die Maisfeiern zu vielen blutigen Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. In Warschau gab es 4 Tote und 280 Verletzte; 50 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Das afghanische Königspaar trifft am 3. Mai in Moskau ein. Die Sowjetregierung hat ihm den prächtigen Palast Worohilow zur Verfügung gestellt. Aman Allah wird mit den höchsten Ehren empfangen. U. a. wird ein prunkvolles Festmahl, eine große Truppenparade usw. abgehalten.

Das japanische Kabinett Tanaka hat angesichts der feindseligen Haltung der Opposition größere Veränderungen im Kabinett beschloffen. Unter anderen soll der bei der Opposition besonders verhaßte Innenminister zurücktreten.

anstalt wird erst durch den Fortschritt in der Organisation des eigenen Behördenapparats in den Stand gesetzt, die geltenden und auch die neu zu erlassenden Bestimmungen straff und einheitlich im ganzen Reichsgebiet durchzuführen. Aus den früheren 900 Arbeitsnachweisern sind 380 Bezirksarbeitsämter geworden. Die Posten der Arbeitsamtsvorstehenden werden kaum vor Ende Mai oder Anfang Juni besetzt werden können. Jedenfalls ist zu erwarten, daß am 1. Juli — also unmittelbar nach dem Zusammentritt des neuen Reichstags — der eigene Behördenapparat der Reichsanstalt arbeitsfähig geworden sein wird. Voraussetzung für ein glattes Arbeiten des Apparates ist es dann allerdings, daß sich die beteiligten Gruppen, nämlich die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowohl bei der Berliner Zentrale der Reichsanstalt als auch in den Landes- und in den Bezirksämtern, sich an den Arbeiten beteiligen. Der Eifer der Arbeitgeber läßt manchmal zu wünschen übrig. Sie dürfen sich dann aber auch nicht wundern, wenn die Gruppe der Arbeitnehmer dadurch an Macht gewinnt.

Die „Bremen“-Flieger nach Washington abgereist

Neuyork, 2. Mai. Hauptmann Köhl, Fehr. v. Hünefeld und Major Figmaurice sind heute nacht nach Washington abgereist, nachdem sie in Neuyork noch eine Reihe anstrengender Festlichkeiten überstanden hatten.

Die Flieger haben von fast allen amerikanischen Großstädten Einladungen erhalten und sollen sie ausnahmslos angenommen haben. Die Flieger werden deshalb am 11. Mai einen Rundflug durch die Vereinigten Staaten beginnen.

Die Menge der Zuschauer bei dem gestrigen Triumphzug in Neuyork wird auf 2½ Millionen geschätzt. Trotzdem ereigneten sich nur drei leichte Unfälle.

Hauptmann Köhl sagte in einer Dankrede von der Bühne des Wintergarten-Theaters aus, wohin Bürgermeister Walker die Flieger geführt hatte: „Ich habe noch nie einen solchen Schneesturm wie auf der Greenly-Insel gesehen. Aber der Sturm der Begeisterung, den ich in Neuyork sehe, ist der größte aller Stürme, die ich erlebt habe“.

Der amerikanische Klub in Berlin veranstaltete gestern abend im Hotel „Kaiserhof“ ein großes Bankett zu Ehren der Bremen-Flieger, dem der amerikanische Botschafter, viele hohe Reichsbeamte, Vertreter von Wissenschaft, Wirklichkeit und des Flugwesens anwohnten. Die preussische Regierung und die Stadt Berlin waren nicht vertreten.

Neueste Nachrichten

Stresemann über den Besuch Birkenheads

Köln, 2. Mai. Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, in der dieser sich über den Berliner Besuch des englischen Ministers Lord Birkenhead folgendermaßen äußerte:

Ich habe Gelegenheit gehabt, Lord Birkenhead während seines Aufenthaltes in der Reichshauptstadt zweimal zu sehen und einmal mit ihm sehr ausführlich über die Beziehungen zwischen England und Deutschland zu sprechen. In dieser Besprechung ist der von einer gewissen Presse dem englischen Minister zugeschriebene Versuch, ein englisch-französisch-deutsches Abkommen mit einer Spitze gegen Rußland zu begründen, in keiner Weise gemacht oder auch nur gestreift worden. Mir ist auch nicht das geringste davon bekannt, daß dieser Versuch irgend einer anderen verantwortlichen Stelle gegenüber gemacht worden sei. Die hieran geknüpften Vermutungen einzelner Blätter sind deshalb in keiner Weise begründet. Wenn gar behauptet wird, daß die Besprechungen den Sinn gehabt hätten, durch eine Zustimmung zu solchen Ideen die Stellung Chamberlains im englischen Kabinett zu untergraben, so kann das um so mehr in das Reich der Fabel verwielen werden. Wie Lord Birkenhead persönlich zu diesen Fragen eingestellt ist, und ob er dieser seiner persönlichen Einstellung in Privatgesprächen Ausdruck gegeben hat, muß ihm im übrigen selbstverständlich freistehen. Ich kann nur mit Dank feststellen, in welcher herzlicher Weise der englische Minister dem Wunsch Ausdruck gegeben hat nach einer Zusammenarbeit zwischen England und Deutschland und nach Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihnen und uns.

Der Prozeß der deutschen Ingenieure

Berlin, 2. Mai. Voraussichtlich wird der Prozeß gegen die deutschen Ingenieure in Moskau in der zweiten Hälfte des Mai seinen Anfang nehmen. Der deutsche Rechtsanwalt Munte hat von der russischen Regierung die Einreiseerlaubnis erhalten, um den Ingenieuren zur Seite zu stehen.

Nach den französischen Wahlen

Paris, 2. Mai. Das Kennzeichen der letzten Kammerwahlen ist der „Rud nach rechts“. Nach dem neuen Wahlergebnis wurde die Zahl der Kammermitglieder von 584 auf 612 vermehrt. Wenn nun die Mandate der nationalistischen Rechten, die gegen die Locarnopolitik ist, von 128 auf 153, also um 25 sich vermehrt haben, so bedeutet das viel, um so mehr, als trotz der Mandatsvermehrung die Sozialisten zwei (103 gegen früher 105), die Kommunisten fast die Hälfte (14 gegen 27) und die Radikalsozialisten (die den deutschen Demokraten entsprechen) sogar 24 Sitze verloren haben. In den politischen Kreisen glaubt man, daß Poincaré und Briand die bisherige Außenpolitik fortsetzen werden, aber nur äußerlich, d. h. mit Worten, tatsächlich werde in Beziehung auf die Rheinlandräumung und die Abrüstung Deutschland künftig auf noch stärkeren Widerstand stoßen, jedenfalls werde der von Frankreich geforderte Preis eine wesentliche Steigerung erfahren. An eine Verständigung über den Kellogg'schen Vorschlag glaubt in Paris niemand mehr.

Das Kabinett bleibt

Unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten Doumergue traten heute die Minister zusammen. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Wahlen die Politik der Regierung gebilligt haben, es liege daher kein Grund vor, dem Staatspräsidenten das Rücktrittsgesuch des Kabinetts zu überreichen. Das bisherige Kabinett wird daher am 1. Juni dem Parlament sein Programm vorlegen. Nur der Arbeitsminister Fallières wird inzwischen ausscheiden.

Italien kolonisiert

Mailand, 2. Mai. Das von Mussolini vorgeschlagene neue Finanzierungsinstitut für Kolonialunternehmen, dessen Gründungs- und Betriebskapital die Sparkassen, Versicherungsgesellschaften und Banken ausbringen werden, bezweckt, wie der „Corriere“ ausführt, nicht nur die Finanzierung der Landbebauung in Libyen, sondern auch die der kolonialwirtschaftlichen Arbeit der Italiener in den nicht italienischen Gebieten Nordafrikas. Hierunter dürfte in erster Linie Tunis zu verstehen sein.

Die italienischen Gewerkschaftsbeiträge

Mailand, 2. Mai. Der frühere Finanzminister de Stefani teilt im „Corriere“ mit, daß die Verpflichtungen der italienischen Arbeiter an die faschistischen Gewerkschaftskassen für 1927 80 Millionen Lire betragen, wovon bis jetzt an Beiträgen und Gebühren für Ausweise und Abzeichen 67 Millionen Lire eingegangen seien. Der Jahresdurchschnitt der Gewerkschaftsabschaben beträgt auf den Kopf der Ar-

